



HESSISCHER LANDTAG

25. 06. 2014

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Geheimdiensttätigkeiten in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass
 - nach von "SPIEGEL ONLINE" veröffentlichten Dokumenten aus US-Einrichtungen auf hessischem Boden - dem Dagger-Komplex in Griesheim bei Darmstadt (European Security Center), einer NSA-Station in Frankfurt am Main und dem European Technical Center in Wiesbaden - massiv Straftaten geplant, vorbereitet und ihre Durchführung koordiniert werden; hierbei handelt es sich u.a. um Verletzungen des Völkerrechts, wie die Gefangennahme oder Ermordung von 40 Menschen in Afrika, aber auch Straftaten nach bundesdeutschem Recht wie Vorbereitung eines Angriffskrieges; hinzu kommt ein massenhaftes Ausspähen und Überwachen der Bevölkerung;
 - damit in Hessen ansässige Einrichtungen mit verantwortlich sind für die bislang unvorstellbare Dimension geheimdienstlicher Überwachung und Kontrolle, die Hunderte Millionen von Menschen in aller Welt betrifft;
 - es keine Rechtsgrundlage für ausländische Geheimdienste gibt, Überwachungsmaßnahmen und Spionage direkt in der Bundesrepublik Deutschland gegen deren Bürgerinnen und Bürger durchzuführen - vielmehr gilt für sie die Pflicht, bundesdeutsches Recht zu achten; die Rechtsverstöße müssen hierzulande geahndet werden.
2. Der Hessische Landtag sieht Datenschutz und Privatsphäre, Berufs- und Betriebsgeheimnisse sowie Meinungs- und Pressefreiheit bedroht, angesichts der sich verselbstständigenden Bedingungen von BigData, automatisierter Totalüberwachung und digitaler Durchdringung aller Lebensbereiche. Die grundlegenden Freiheitsrechte Kommunikationsfreiheit und Informationelle Selbstbestimmung müssen angesichts dieser Entwicklung geschützt werden.
3. Der Hessische Landtag kritisiert, dass
 - Betroffene millionenfach unter Generalverdacht gestellt werden; dies ist eine massenhafte Verletzung von Persönlichkeitsrechten;
 - nicht allein US-, britische und andere ausländische Geheimdienste in den globalen Massenüberwachungsskandal involviert sind, sondern auch deutsche Geheimdienste Teil des Problems sind;
 - eine Überwachung der Gesamtbevölkerung bis hin zur Bundeskanzlerin nicht zur Terrorabwehr dienen kann, sondern die Ziele politische und wirtschaftliche Spionage sowie präventive Vormachts- und Herrschaftssicherung in Zeiten verschärfter ökonomischer Krisen sind (sozialer Niedergang, drohende Rohstoffknappheit und wachsende "Flüchtlingsströme"); die Überwachung soll gegen mögliche soziale Unruhen und militante Aufstände, gegen Ressourcenmangel, unkontrollierte (Ein-) Wanderungsbewegungen vorsorglich wappnen; auch Deutschland droht vom demokratischen Rechtsstaat zum "entgrenzten Präventionsstaat" (Alternativer Verfassungsschutzbericht) entwickelt zu werden, in dem die Eingriffsschwelle immer weiter herabgesenkt wird und Informationen und unkontrollierbare Geheimdienste als Machtsicherungsinstrumente eine immer größere Rolle spielen.
4. Der Hessische Landtag fordert, dass
 - der Geheimdienstkomplex abgerüstet wird, denn Geheimdienste bilden in der Demokratie ein intransparentes, schwer kontrollierbares und damit demokratie-

widriges Element; die einzig funktionierende Kontrolle von Geheimdiensten besteht in deren Auflösung;

- eine Legalisierung der Vorratsdatenspeicherung, also einer anlasslosen, verdachtsunabhängigen Speicherung aller Telekommunikationsdaten, verhindert wird; diese würde die Überwachung noch erweitern, anstatt sie, wie dringend geboten, wirksam einzuschränken;
 - wir eine breite gesellschaftspolitische Debatte über Transparenz, Kontrolle und Grenzen der Überwachung in einer Demokratie, über Existenzberechtigung und Legitimation geheimer, unkontrollierbarer staatlicher Institutionen brauchen.
5. Der Hessische Landtag würdigt Edward Snowden, Chelsea (Bradley) Manning, Julian Assange (Wikileaks) und andere Whistleblower für ihre wichtigen Beiträge zu dieser notwendigen Debatte und setzt sich dafür ein, ihnen politisches Asyl zu gewähren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. Juni 2014

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler